

Universitäts- und Hansestadt Greifswald

03.04.2017

**Niederschrift des öffentlichen Teiles der 19. Sitzung**

der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vom Montag, 3. April 2017

Beginn: 18:00 Uhr  
Ende: 22:16 Uhr  
Ort: Bürgerschaftssaal des Rathauses

**Anwesenheit**

Herr Ibrahim Al Najjar  
Frau Ulrike Berger  
Herr Dr. Ullrich Bittner  
Herr André Bleckmann  
Herr Ulf Burmeister  
Frau Rita Duschek  
Herr Rudi Duschek  
Frau Yvonne Görs  
Herr Professor Dr. Frank Hardtke  
Frau Luisa Heide  
Frau Marion Heinrich  
Herr Axel Hochschild  
Herr Torsten Hoebel  
Herr Heiko Jaap  
Herr Lutz Jesse  
Herr Wolfgang Jochens  
Herr Dr. Jörn Kasbohm  
Herr Dr. Andreas Kerath  
Herr Nikolaus Kramer  
Herr Alexander Krüger  
Herr Christian Kruse  
Herr Thomas Lange  
Herr Jürgen Liedtke  
Herr Egbert Liskow  
Frau Karola Lüptow  
Herr Peter Madjarov  
Herr Dr. Thomas Meyer  
Herr Peter Multhauf  
Herr Thomas Mundt  
Herr Jörg Neubert  
Herr Christoph Oberst  
Herr Dr. Sascha Ott  
Herr Milos Rodatos  
Herr Dr. Ulrich Rose  
Frau Dr. Mignon Schwenke  
Frau Birgit Socher  
Herr Ludwig Spring  
Herr Dr. Rainer Steffens  
Frau Dr. Antje Steveling  
Herr Professor Dr. Thomas Treig  
Herr Erik von Malottki  
Frau Dr. Monique Wölk  
Herr Ingo Ziola

## Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 27.02.2017
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Beschlusskontrolle
6. Wahl zur/zum Beigeordneten und 1. Stellvertreterin/Stellvertreter des Oberbürgermeisters
- 6.1. Wahl zur/zum Beigeordneten und 1. Stellvertreterin/Stellvertreter des Oberbürgermeisters  
*Der Oberbürgermeister*
7. Beratung der Beschlussvorlagen
- 7.1. Besetzungen
- 7.1.1. Besetzung der Ortsteilvertretung Friedrichshagen  
*Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP*
- 7.1.2. Besetzung der Ortsteilvertretung Ostseeviertel  
*Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP*
- 7.1.3. Vertretung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald im Wasser- und Bodenverband „Ryck-Ziese“  
*Der Oberbürgermeister*
- 7.1.4. Besetzung WVG Aufsichtsrat  
*CDU-Fraktion*
- 7.2. 4. Änderungssatzung zur Satzung des Seniorenbeirates der Universitäts- und Hansestadt Greifswald  
*Präsidentin der Bürgerschaft*
- 7.3. 1. Änderungssatzung zur Satzung des Frauenbeirates  
*Präsidentin der Bürgerschaft*
- 7.4. Annahme einer Spende für Projekte der Kriminalprävention  
*Oberbürgermeister, Beauftragte für Prävention*
- 7.5. Leitlinien guter Unternehmensführung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald  
*Dez. I, Beteiligungsmanagement*
- 7.6. Zustimmung zur Änderung des Gesellschaftsvertrages der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald (WVG)  
*Dez. I, Beteiligungsmanagement*
- 7.7. 2. Änderung der Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Erhebung von Gebühren und Entgelte für Leistungen der öffentlichen Feuerwehr (Feuerwehrgewähr- und -entgeltsatzung)  
*Dez. II, Amt 32*
- 7.8. 23. Änderung des Flächennutzungsplanes der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Änderungsbeschluss (Bereich des Bebauungsplanes Nr. 55 „Hafenstraße“)  
*Dez. II, Amt 60*
- 7.9. Überarbeitung des Verkehrskonzeptes für die Bahnhofstraße  
*Dr. Ulrich Rose*
- 7.10. Nachhaltiges Verwaltungshandeln und Müllvermeidung durch Mehrweg-Becher für Heißgetränke („Greifswalder Pott“)  
*Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4*
- 7.11. Änderung des Gültigkeitsbereichs des Mecklenburg-Vorpommern-Tickets  
*SPD-Fraktion*

- 7.12. Prüfauftrag: Videoüberwachung in Greifswald  
*CDU-Fraktion*
- 7.13. Rückholung: HA-Beschluss: Verkauf von Flächen in Eldena - Camping- und Caravanplatz (HA-181/16)  
*CDU-Fraktion, Fraktion Kompetenz für Vorpommern, Fraktion Bürgerliste Greifswald - FDP*
- 7.14. Professur für Pommersche Landesgeschichte und Landeskunde wieder einrichten  
*Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4, SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE - interfraktionell angestrebt*
- 7.15. Härtefallregelung / Ausgabe von Bewohnerparkausweisen an pflegende Familienmitglieder  
*CDU-Fraktion*
- 7.16. Konstruktiver und verantwortungsvoller Dialog für die Namensdebatte  
*SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4*
- 7.17. Stellungnahme der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald an den Senat der Ernst-Moritz-Arndt-Universität zur beabsichtigten Änderung des Namens der Universität (Konstruktiver und verantwortungsvoller Dialog in der Namensdebatte)  
*CDU-Fraktion, Kompetenz für Vorpommern, Bürgerliste-FDP, Peter Multhauf, interfraktionell angestrebt*
8. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
9. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
10. Mitteilungen der Präsidentin
11. Schluss der Sitzung

**TOP 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Die Präsidentin der Bürgerschaft eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

**TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung**

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

**Herr Hochschild**

. beantragt TOP 7.17 „*Stellungnahme der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald an den Senat der Ernst-Moritz-Arndt-Universität zur beabsichtigten Änderung des Namens der Universität (Konstruktiver und verantwortungsvoller Dialog in der Namensdebatte)*“ vorzuziehen und vor TOP 7.1 zu behandeln.

**Frau Socher** bittet um Begründung der Dringlichkeit der Beschlussvorlagen:

- „Besetzung der Ortsteilvertretung Schönwalde II/ Groß Schönwalde“
- „Umbesetzung OTV Innenstadt“

**Herr Dr. Meyer** und **Herr Prof. Dr. Hardtke** begründen diese.

Frau Socher lässt darüber abstimmen, ob die Vorlagen auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt werden sollen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

*Herr Bleckmann, Herr Burmeister, Herr Oberst, Frau Dr. Steveling und Herr von Malottki nehmen an der Sitzung der Bürgerschaft teil.*

**Frau Socher**

. ordnet die Vorlage „Besetzung der Ortsteilvertretung Schönwalde II/ Groß Schönwalde“ unter TOP 7.1.5 und die Vorlage „Umbesetzung OTV Innenstadt“ unter TOP 7.1.6 ein.

. informiert über weitere Änderungen:

- zu TOP 7.15 gebe es einen Änderungsantrag
- TOP 7.16 sei vom Einbringer zurückgezogen worden
- zu TOP 7.17 gebe es eine neue Version. Diese Beschlussvorlage solle dann vor TOP 7.1.1 behandelt werden.

. bittet um Begründung der Dringlichkeit der nachträglichen Vorlage „*Finanzielle Ausstattung der Kommunen durch die Landesregierung und den Landtag MV – Neuregelung des FAG*“ von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 und dem dazugehörigen Änderungsantrag der CDU-Fraktion.

*(Die geänderte Tagesordnung wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.)*

**Frau Berger** und **Herr Hochschild** begründen diese. Außerdem spricht **Herr Hochschild** sich dafür aus, die Vorlage im nächsten Sitzungszyklus in den Fachausschüssen zu behandeln.

**Frau Socher** lässt darüber abstimmen, ob die geänderte Vorlage „*Stellungnahme der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald an den Senat der Ernst-Moritz-Arndt-Universität zur beabsichtigten Änderung des Namens der Universität (Konstruktiver und verantwortungsvoller Dialog in der Namensdebatte)*“ vor TOP 7.1.1 behandelt werden solle:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	2	1

**Die Präsidentin der Bürgerschaft** lässt darüber abstimmen, ob die nachträgliche Vorlage „Finanzielle Ausstattung der Kommunen durch die Landesregierung und den Landtag MV – Neuregelung des FAG“ auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt werden soll:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
21	16	0

Aufgrund einer Anzweiflung der Auszählung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 wird die Abstimmung wiederholt:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
22	20	

Aufgrund einer Anzweiflung der Auszählung der CDU-Fraktion wird die Abstimmung erneut wiederholt:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
21	20	2

Damit wurde die absolute Mehrheit nicht erreicht, um die Vorlage auf die Tagesordnung zu setzen.

Frau Socher lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	5	1

**Die Präsidentin der Bürgerschaft**

. fragt, ob sich jemand gegen die Bild- und Tonaufnahmen der anwesenden Presse ausspreche.

Das ist nicht der Fall.

### TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 27.02.2017

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Niederschrift abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	2

### TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

**Herr Steiger**

. erklärt, dass er in der Jugendarbeit tätig sei.

. weist darauf hin, dass auch die jungen Leute mitbekämen, wie die Mitglieder der Bürgerschaft miteinander umgehen. Bei zahlreichen durchgeführten Demokratieprojekten gehe es auch um Wertevermittlung.

. betont die Wichtigkeit eines respektvollen und fairen Umgangs in einer Demokratie.

**TOP 5. Beschlusskontrolle**

keine Anmerkungen

**TOP 6. Wahl zur/zum Beigeordneten und 1. Stellvertreterin/Stellvertreter des Oberbürgermeisters****TOP 6.1. Wahl zur/zum Beigeordneten und 1. Stellvertreterin/Stellvertreter des Oberbürgermeisters**

06/985  
B518-19/17 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

**Frau Demuth** bringt die Beschlussvorlage ein.

**Frau Socher**

. erklärt, dass die Mitglieder des Hauptausschusses sich darauf geeinigt hätten, dass die drei Bewerber in der Sitzung der Bürgerschaft vier Minuten Redezeit für ihre Vorstellung haben.

**Frau von Busse, Herr Khalil und Herr Dr. Kerath** stellen sich vor.

**Frau Socher**

. informiert zum weiteren Wahlverfahren:

Bei geheimer Wahl erhält jedes Mitglied der Bürgerschaft einen Stimmzettel, auf dem die drei Bewerber aufgeführt sind. Jedes Mitglied hat eine Stimme.

Wenn im ersten Wahlgang ein Bewerber 22 Stimmen erhält (absolute Mehrheit), ist er gewählt. Sollte keiner diese Stimmenanzahl bekommen, werde es einen zweiten Wahlgang geben, in dem wieder alle drei Bewerber zur Wahl stehen. Sollte wieder keiner 22 Stimmen erhalten, werde es eine Stichwahl zwischen den beiden Bewerbern geben, die im zweiten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten haben.

. nimmt die Vorschläge für den Wahlvorstand entgegen:

Herr Jürgen Liedtke (CDU-Fraktion)

Frau Marion Heinrich (Fraktion DIE LINKE)

Frau Ulrike Berger (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4)

Frau Dr. Monique Wölk (SPD-Fraktion)

Die Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP und die Fraktion Kompetenz für Vorpommern verzichten auf einen eigenen Vorschlag.

**Die Präsidentin der Bürgerschaft** lässt über diesen Wahlvorstand abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	2

**Herr Hochschild**

. beantragt geheime Wahl.

**Frau Socher**

. bittet die Wahlkommission die Wahl vorzubereiten (Prüfung der Wahlurne und -kabine und der Stimmzettel).

Die Wahlurne und die Wahlkabine werden überprüft. Es gibt keine Beanstandung.

**Frau Socher**

. weist darauf hin, dass nur der vorhandene Stift in der Wahlkabine zur Stimmabgabe genutzt werden dürfe.

**Die Präsidentin der Bürgerschaft und der 2. Vizepräsident der Bürgerschaft**

. rufen die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge zur Stimmabgabe in der Wahlkabine für den ersten Wahlgang auf.

Nach dem ersten Wahlgang gibt die Präsidentin der Bürgerschaft das Abstimmungsergebnis bekannt:

Abgegebene Stimmen:	43
Stimmen für Frau von Busse:	11
Stimmen für Herrn Dr. Kerath:	20
Stimmen für Herrn Khalil:	11
Ungültige Stimmen:	1

Da kein Bewerber die Mehrheit aller Mitglieder der Bürgerschaft (22 Stimmen) erhalten hat, folgt ein 2. Wahlgang.

Die Wahlurne und die Wahlkabine werden erneut überprüft. Es gibt keine Beanstandung.

**Die Präsidentin der Bürgerschaft und die 1. Vizepräsidentin der Bürgerschaft**

. rufen die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge zur Stimmabgabe in der Wahlkabine für den zweiten Wahlgang auf.

Nach dem zweiten Wahlgang gibt die Präsidentin der Bürgerschaft das Abstimmungsergebnis bekannt:

Abgegebene Stimmen:	43
Stimmen für Frau von Busse:	17
Stimmen für Herrn Dr. Kerath:	21
Stimmen für Herrn Khalil:	5
Ungültige Stimmen:	0

Da kein Bewerber die Mehrheit aller Mitglieder der Bürgerschaft (22 Stimmen) erhalten hat, folgt eine Stichwahl zwischen den zwei Bewerbern mit den meisten Stimmen (Frau von Busse und Herrn Dr. Kerath).

**Herr Hochschild**

. beantragt eine Auszeit.

**Frau Socher**

. lässt über diesen Antrag abstimmen:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	21	21	1

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Die Wahlurne und die Wahlkabine werden erneut überprüft. Es gibt keine Beanstandung.

**Die Präsidentin der Bürgerschaft und die 1. Vizepräsidentin der Bürgerschaft**

. rufen die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge zur Stimmabgabe in der Wahlkabine für die Stichwahl auf.

Nach der Stichwahl gibt die Präsidentin der Bürgerschaft das Abstimmungsergebnis bekannt:

Abgegebene Stimmen:	43
Stimmen für Frau von Busse:	22
Stimmen für Herrn Dr. Kerath:	21
Ungültige Stimmen:	0

Damit ist Frau von Busse gewählt.

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wählt:*

*Frau Jeannette von Busse*

*zur Beigeordneten und 1. Stellvertreterin des Oberbürgermeisters.“*

Frau von Busse bedankt sich.

**TOP 7. Beratung der Beschlussvorlagen****Der TOP 7.17. wird vorgezogen. (Seite 17)****TOP 7.1. Besetzungen****TOP 7.1.1. Besetzung der Ortsteilvertretung Friedrichshagen**

06/980 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
B519-19/17 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.  
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft wählt Herrn Kersten Schmidtke, für die Fraktion Bürgerliste Greifswald – FDP, in die Ortsteilvertretung Friedrichshagen.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

*Herr Burmeister und Herr von Malottki sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.*

**TOP 7.1.2. Besetzung der Ortsteilvertretung Ostseevierviertel**

06/981 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
B520-19/17 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.  
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft wählt Frau Heike Kagel, für die Fraktion Bürgerliste Greifswald – FDP, in die Ortsteilvertretung Ostseevierviertel.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

*Herr Burmeister und Herr von Malottki sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.*

### TOP 7.1.3. Vertretung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald im Wasser- und Bodenverband „Ryck-Ziese“

06/982  
B521-19/17

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.  
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

- (1) „Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beruft Herrn Thilo Kaiser mit Ablauf des 30.04.2017 als Vertreter in der Verbandsversammlung des Wasser- und Bodenverbandes „Ryck-Ziese“ ab.
- (2) Die Bürgerschaft entsendet Frau Antje Köppe mit Wirkung zum 01.05.2017 als Vertretung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald in die Verbandsversammlung des Wasser- und Bodenverbandes „Ryck-Ziese“.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

*Herr Burmeister und Herr von Malottki sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.*

### TOP 7.1.4. Besetzung WVG Aufsichtsrat

06/986  
B522-19/17

Die Präsidentin der Bürgerschaft  
. ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
. informiert darüber, dass Herr Hochschild seinen Rücktritt gegenüber dem Gesellschafter erklärt habe und Herr Kruse als neues Mitglied vorgeschlagen werde.  
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.  
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Herr Christian Kruse wird neues Mitglied der CDU im Aufsichtsrat der WVG.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

*Herr Burmeister und Herr von Malottki sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.*

### TOP 7.1.5. Besetzung der Ortsteilvertretung Schönwalde II/ Groß Schönwalde

06/989  
B523-19/17

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.  
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft wählt Torsten Lange, für die Fraktion Bürgerliste Greifswald – FDP, in die Ortsteilvertretung Schönwalde II/ Groß Schönwalde.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

*Herr Burmeister und Herr von Malottki sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.*

### TOP 7.1.6. Umbesetzung OTV Innenstadt

06/1010  
B524-19/17

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft ruft Herrn Frank Embach als Mitglied der Ortsteilvertretung Innenstadt ab und beruft ihn als stellvertretendes Mitglied.“*

*Die Bürgerschaft beruft Herrn Johann Röper als Mitglied in die Ortsteilvertretung Innenstadt.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

*Herr Burmeister und Herr von Malottki sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.*

**TOP 7.2. 4. Änderungssatzung zur Satzung des Seniorenbeirates der Universitäts- und Hansestadt Greifswald**

06/956

B525-19/17

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft beschließt die anliegende 4. Änderungssatzung zur Satzung des Seniorenbeirates der Universitäts- und Hansestadt Greifswald.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	1	2

*Herr Burmeister, Herr von Malottki und Herr Al Najjar sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.*

**TOP 7.3. 1. Änderungssatzung zur Satzung des Frauenbeirates**

06/957

B526-19/17

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft beschließt die anliegende 1. Änderungssatzung zur Satzung des Frauenbeirates der Universitäts- und Hansestadt Greifswald.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	1	3

*Herr Burmeister, Herr von Malottki und Herr Al Najjar sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.*

**TOP 7.4. Annahme einer Spende für Projekte der Kriminalprävention**

06/977

B527-19/17

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme der Spende der Ströer Deutsche Städte Medien GmbH in Höhe von 5.000,00€ für Projekte der Kriminalprävention.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	2

*Herr Burmeister, Herr von Malottki und Herr Al Najjar sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.*

**TOP 7.5. Leitlinien guter Unternehmensführung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald**

06/947 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
 B528-19/17 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.  
 Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den „Corporate Governance Kodex - Teil 1 - Leitlinien guter Unternehmensführung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“ mit den enthaltenen Standards.*

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, diese Leitlinien in Gesellschaften der Stadt mit Mehrheitsbeteiligung durch Beschlüsse der Gesellschafterversammlung für verbindlich zu erklären. Bei allen anderen Gesellschaften soll auf deren Anwendung hingewirkt werden.*

*Die Bürgerschaft nimmt den „Corporate Governance Kodex - Teil 2 - Umsetzung der Leitlinien guter Unternehmensführung“ zur Kenntnis.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

*Herr Burmeister, Herr von Malottki und Herr Al Najjar sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.*

**TOP 7.6. Zustimmung zur Änderung des Gesellschaftsvertrages der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald (WVG)**

06/948  
 B529-19/17 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
 Nach kurzer Diskussion lässt Frau Socher über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft stimmt der Änderung und Neufassung des Gesellschaftsvertrages der WVG entsprechend der Anlage 1 zu und ermächtigt den Oberbürgermeister, in der notariell zu beurkundenden Gesellschafterversammlung der WVG die dafür notwendigen Beschlüsse zu fassen.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	2	4

**TOP 7.7. 2. Änderung der Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Erhebung von Gebühren und Entgelte für Leistungen der öffentlichen Feuerwehr (Feuerwehrgebühren- und -entgeltsatzung)**

06/951.2  
 B530-19/17 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.  
 Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die anliegende 2. Änderung der Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Erhebung von Gebühren und Entgelte für Leistungen der öffentlichen Feuerwehr (Feuerwehrgebühren- und -entgeltsatzung).“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

**TOP 7.8. 23. Änderung des Flächennutzungsplanes der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Änderungsbeschluss**

06/946.1 (Bereich des Bebauungsplanes Nr. 55 „Hafenstraße“)  
 B531-19/17 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es erklärt sich kein Mitglied der Bürgerschaft vom Mitwirkungsverbot gemäß § 24

Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung KV M-V) betroffen.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.  
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Änderungsbeschluss zur 23. Änderung des Flächennutzungsplans wie folgt:

1. Der Flächennutzungsplan der Universitäts- und Hansestadt Greifswald soll gemäß § 2 Absatz 1 Satz 1 i.V.m. § 1 Absatz 8 BauGB in dem gekennzeichneten Bereich geändert werden (siehe Anlage 1). Ziel ist es, im Planbereich die Wohnbaufläche, die gemischte Baufläche und die Fläche für Gemeinbedarf entsprechend den künftigen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 55 „Hafenstraße“ anzupassen.
2. Der Beschluss ist gemäß § 2 Absatz 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
43	0	0

## TOP 7.9. Überarbeitung des Verkehrskonzeptes für die Bahnhofstraße

06/920 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
B532-19/17

**Herr Dr. Rose**

. bringt die Beschlussvorlage ein.

**Frau Dr. Wölk**

. spricht sich für die Ablehnung dieser Beschlussvorlage aus.

**Herr Mundt** übernimmt die Sitzungsleitung.

**Herr Dr. Kasbohm**

. plädiert für die Beschlussvorlage.

**Herr Dr. Bittner**

. fragt, ob die B-Pläne nicht so aufgestellt werden können, dass die Verkehrssituation dadurch gewährleistet werden könne.

**Herr Kremer**

. erklärt, dass am 31.03.2017 ein Gespräch mit Herrn Sallier (Eigentümer, der daneben liegenden Fläche) stattgefunden habe. Derzeit werde ein Aufstellungsbeschluss für den B-Plan für den nächsten bzw. übernächsten Sitzungszyklus vorbereitet. In dem Zusammenhang müsse man sich überlegen, wie ein Verkehrskonzept auszusehen habe.

. spricht sich dafür aus, diese Vorlage zurückzuziehen und die von der Verwaltung eingebrachte Beschlussvorlage im Rahmen der Beratungsfolge ausführlich zu diskutieren. Es sei wichtig, dass das B-Plan-Verfahren an das Verkehrskonzept gekoppelt werde.

**Frau Dr. Schwenke**

. spricht sich für den Beschluss der Vorlage in der heutigen Sitzung aus.

Herr Mundt lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Verkehrsuntersuchung für den Bebauungsplan Nr. 98 - KAW-Gelände – auf Grund der veränderten Voraussetzungen zu überarbeiten bzw. durch den Investor überarbeiten zu lassen.“

Die Konsequenzen aus der Überarbeitung für den unter anderen Voraussetzungen beschlossenen B-Plan 98 sind der Bürgerschaft zu erläutern.

*Sollte es sich tatsächlich als nötig erweisen, dass die Ein- und Ausfahrt zum Gelände nur durch eine Erweiterung der Zufahrt zu gewährleisten ist sowie durch eine weitere Abbiegespur auf der Bahnhofstraße, so ist eine Änderung des Satzungsbeschlusses zum B-Plan 98 herbeizuführen, da Begründung und Ausführung sich damit wesentlich gegenüber der beschlossenen Satzung verändert haben.“*

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	15	23	einige

**TOP 7.10. Nachhaltiges Verwaltungshandeln und Müllvermeidung durch Mehrweg-Becher für Heißgetränke („Greifswalder Pott“)**

06/943

B533-19/17 Der 2. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

**Herr Rodatos**

. bringt die Beschlussvorlage ein.

**Herr Kruse und Herr Jochens**

. sprechen sich aus Sicht der Gewerbebetreibenden gegen die vollständige Ablehnung von Einweggeschirr aus. Gerade bei Volksfesten stelle dies ein Problem dar.  
. befürworten die Müllvermeidung.

**Herr Jochens** weist auf die Schwierigkeit mit der Zurverfügungstellung des Trinkwassers durch Gewerbebetreibende hin.

**Der Oberbürgermeister**

. informiert darüber, dass die Becher aus dem Automaten, der im Rathaus stehe, seit einem halben Jahr kompostierbar seien.

**Frau Dr. Wölk**

. sagt, dass in der Vorlage nicht die Rede von Volksfesten sei.  
. bittet um Zustimmung für diese Beschlussvorlage.

**Herr Rodatos**

. geht auf die Redebeiträge von Herrn Kruse und Herrn Jochens ein.  
. weist darauf hin, dass bei anderen Stadtvertretungen in Mecklenburg-Vorpommern bereits Trinkwasser für die Versorgung angeboten werde.

**Herr Dr. Kasbohm**

. weist noch einmal darauf hin, dass anstatt Einweggeschirr aus Plastik, kompostierbares Einweggeschirr genutzt werden könne.

**Herr Kruse**

. bittet um Festlegung in der Beschlussvorlage, dass Großveranstaltungen davon ausgenommen seien.  
. hätte sich außerdem gewünscht, dass die Beschlussvorlage in der AG „Saubere Stadt“ diskutiert worden wäre.

**Herr Multhauf**

. warnt davor, den Einwohnern/innen von Greifswald zu viele Vorschriften zu machen.  
. spricht sich dafür aus, die Beschlussvorlage zurückzuziehen.

**Herr Krüger**

. weist darauf hin, dass es in der Vorlage darum gehe, eine Richtlinie zu erarbeiten. Es handele sich hierbei lediglich um Ansätze über die diskutiert und nachgedacht werden könne.

**Frau Dr. Wölk**

. stellt folgenden Änderungsantrag: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **gemeinsam mit der AG „Saubere Stadt“** eine Richtlinie“.

Dieser Änderungsantrag wird von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 übernommen.

**Herr Mundt** lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

„1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit der AG „Saubere Stadt“ eine Richtlinie zur Organisation von Veranstaltungen der Stadtverwaltung, der kommunalen Unternehmen und der Greifswald Marketing GmbH zu erstellen, die Vorgaben und Hinweise für eine nachhaltige Veranstaltungsdurchführung enthält. Die Richtlinie sollte insbesondere folgende Punkte umfassen:  
 Verwendung von Mehrweg- oder kompostierbarem Geschirr  
 Verwendung und Ausgabe von regionalen sowie saisonalen Produkten für die Versorgung  
 Vermeidung von Müll, insbesondere verzichtbarer Verpackungsmüll  
 Die Nutzung von Leitungswasser als Trinkwasser für die Veranstaltung  
 Prüfung von Kooperationsverträgen mit Akteuren für die Umsetzung der Richtlinie (z.B. Unternehmen und Produkte aus der Region)

Ein Entwurf der Richtlinie soll im Oktober 2017 dem zuständigen Fachausschuss zur Beratung vorliegen. Eine Umsetzung der Maßnahmen ist spätestens für das Jahr 2018 anzustreben.

2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, inwieweit im alltäglichen Verwaltungshandeln Möglichkeiten zur Vermeidung von Ressourcenverschwendung realisiert werden können. Über die Umsetzung berichtet die Verwaltung im zuständigen Fachausschuss.  
 Folgende Maßnahmen sollen insbesondere geprüft werden:  
 Vermeidung der Aufstellung von Heißgetränkeautomaten mit Kapsel-Technik, insbesondere auf Basis von Aluminium-Kapseln  
 Umstellung von Heißgetränkeautomaten auf nachhaltige Produkte und Mehrweg-oder kompostierbare Becher  
 Reduktion von Papiermüll durch Vermeidung von nicht intensiv genutzten Drucken und Verwendung von nachhaltigem Papier  
 Verzicht auf Einweg-Flaschen

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur Reduzierung des Mülls innerhalb des Greifswalder Stadtgebiets die Einführung von Mehrweg-Bechern für Kaffee und andere Heißgetränke zu prüfen. Es wird die Entwicklung eines gemeinsam nutzbaren Mehrweg-Bechers mit Greifswald-Bezug („Der Greifswalder Pott“) gemeinsam mit gastronomischen Unternehmen in der Stadt sowie öffentlichen Institutionen (Universität und Klinikum, Studierendenwerk) angestrebt.

Bei der Entwicklung und der Nutzung als Marketing-Instrument soll die Greifswald Marketing GmbH einbezogen werden. Die konkreten Pläne zur Umsetzung sollen ggf. im Oktober 2018 in den zuständigen Fachausschüssen vorgestellt werden.“

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	24	17	1

**TOP 7.11. Änderung des Gültigkeitsbereichs des Mecklenburg-Vorpommern-Tickets**

06/944 Der 2. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
 B534-19/17 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Mundt lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft bittet den Oberbürgermeister der Universitäts- und Hansestadt Greifswald sich bei den Landtags- und Bundestagsabgeordneten von Vorpommern-Greifswald und Vorpommern-Rügen dafür einzusetzen, dass mit der DB AG ein preislich und leistungs-technisch mit dem Schleswig-Holstein-Ticket vergleichbares Angebot für die Anbindung von Mecklenburg-Vorpommern nach Berlin ausgehandelt wird.“

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	0	1

**TOP 7.12. Prüfauftrag: Videoüberwachung in Greifswald**

06/960 Der 2. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
B535-19/17

**Herr Hochschild**

. bringt die Beschlussvorlage ein.

**Herr Dr. Kasbohm**

. sagt, dass sich die Fraktion DIE LINKE gegen diese Vorlage ausspreche, da man befürchte, dass dadurch genau das Gegenteil erreicht werde. Die Graffitis würden sich wahrscheinlich erhöhen, da der Reiz des Illegalen und des Adrenalins steige. Zusätzlich könnten die Kameras dazu führen, dass sich die Menschen überwacht fühlen würden.

**Herr Neubert**

. spricht sich gegen diese Vorlage aus.  
. schlägt vor, sich hierzu eine Expertenmeinung einzuholen.

**Herr Madjarov**

. fasst zusammen, dass sich die Videoüberwachung gegen Straftaten auswirken solle. Speziell die Graffitis seien überall in der Stadt verteilt, wodurch man zu einer Flächenüberwachung kommen würde. Demzufolge seien die Grundrechtseingriffe besonders groß. Die tatsächlichen Fakten seien unklar, z. B. ob die Anzahl der Straftaten wirklich steige.

**Herr Lange**

. ist der Ansicht, dass Schilder, die auf eine Videoüberwachung hinweisen, dem Tourismus nicht besonders gut täten.  
. hält die öffentliche Videoüberwachung nicht für das Mittel zur Bekämpfung der Straftaten.

**Herr Dr. Ott**

. erklärt, dass es wenig Möglichkeiten gebe, Straftaten zu verhindern. Dazu gehören u. a. Präventionsarbeit und Verfolgungsdruck auf die Täter auszuüben. Es müsse zwischen der Prävention und der Strafverfolgung unterschieden werden. Bezüglich der Prävention ergebe sich allein aus dem SOG M-V genug Möglichkeiten, solche Kameras aufzustellen. Das bedeute jedoch nicht, dass die installierte Kamera im Strafverfahren zum Tragen kommen werde.

**Herr Multhauf**

. begründet, warum er sich gegen diese Vorlage ausspreche.  
. glaubt, dass ein wirklich wirksames Mittel, die Graffitis zu reduzieren, die schnellstmögliche Beseitigung sei.  
. kritisiert, das Aussehen der Wand beim Bebel-Platz.

**Herr Kramer**

. widerspricht dem Gegenargument „Überwachung“: Es gebe genügend andere Möglichkeiten, durch die bereits eine Überwachung erfolge. Beispiele dafür seien Payback-Karten, Smartphones mit Ortungssystem, Kreditkarten.... Dagegen spreche sich niemand aus. Jedoch gegen die Videoüberwachung, die möglicherweise Straftaten Einhalt gebiete, verwehre man sich.

**Herr Dr. Rose**

. spricht sich ebenfalls gegen die Beschlussvorlage aus.  
. schlägt vor, den Fanbeauftragten vom FC Hansa Rostock e.V. einzuladen und ihn zu bitten, sich dafür einzusetzen, dass die Fans die Graffitis unterlassen.

**Herr Dr. Kasbohm**

- . weist darauf hin, dass die öffentlichen Flächen, die in der Beschlussvorlage aufgeführt seien, lediglich durch die Polizei videoüberwacht werden dürften.
- . schlägt vor, mehr Ideen im präventiven Bereich umzusetzen.

**Herr Neubert**

- . geht auf den Redebeitrag von Herrn Kramer ein und erklärt, dass es sich um einen großen Unterschied handele, ob man sich privat dazu entschliefse, eine Payback-Karte zu nutzen oder ob man einer öffentlichen Videoüberwachung ausgesetzt sei. Bei Letzterem könne man nämlich nicht frei entscheiden.

Herr Mundt lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister zu prüfen, welche öffentlichen Flächen in Greifswald videoüberwacht werden dürfen und welche Kosten für die Umsetzung entstehen würden.“*

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	14	25	2

**TOP 7.13. Rückholung: HA-Beschluss: Verkauf von Flächen in Eldena - Camping- und Caravanplatz (HA-181/16)**

06/962

B536-19/17

Der 2. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Mundt lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den Beschluss des Hauptausschusses „Verkauf von Flächen in Eldena - Camping- und Caravanplatz (HA-181/16)“ an sich zu ziehen und nach regulärer Beratungsfolge in der Sitzung der Bürgerschaft am 03.04.2017 dazu zu beschließen.“*

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	21	22	0

**TOP 7.14. Professur für Pommersche Landesgeschichte und Landeskunde wieder einrichten**

06/966.1

B537-19/17

Der 2. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

**Herr Rodatos** bringt die Beschlussvorlage ein.

**Herr Liskow**

- . empfiehlt aufgrund der Hochschulautonomie, „die Universität“ in den Beschlusstext aufzunehmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bittet die Universität die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern...“*

Diese Empfehlung wird vom Einbringer nicht aufgegriffen.

Nach längerer Diskussion lässt Herr Mundt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bittet die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern, insbesondere das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern, die Voraussetzungen für eine Wiedereinrichtung der Professur für Pommersche Landesgeschichte und Landeskunde an der Ernst-Moritz-Armdt-Universität Greifswald zu schaffen. Dies beinhaltet die Bereitstellung finanzieller Mittel für eine Professur inkl. hinreichender personeller Untersetzung (Sekretariat, Mitarbeiterstellen).“*

*Ferner bittet die Bürgerschaft die Abgeordneten aus den Landkreisen Vorpommern-Greifswald und Vor-*

*pommern-Rügen im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern um Unterstützung für die Wiederbesetzung der Professur.*

*Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich in Abstimmung mit der Universitätsleitung und der Philosophischen Fakultät für das Anliegen bei der Landesregierung und dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern zu werben.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	1	6

#### TOP 7.15. Härtefallregelung / Ausgabe von Bewohnerparkausweisen an pflegende Familienmitglieder

06/967

B538-19/17

Der 2. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

**Herr Dr. Steffens**

. erklärt, dass der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 vollständig von der CDU-Fraktion übernommen werde.

**Herr Madjarov** bringt den Änderungsantrag ein.

*Herr Hoebel verlässt die Sitzung der Bürgerschaft.*

Nach kurzer Diskussion lässt Herr Mundt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald regt die Anpassung der Ausgabe von Bewohnerparkausweisen und Ausnahmeerlaubnissen an.*

- 1. Die Straßenverkehrsbehörde der Universitäts- und Hansestadt Greifswald gibt zukünftig auch Bewohnerparkausweise gem. § 45 Abs. 1b Nr. 2a StVO bei Erwerbszweitwohnung aus (auf Nachweis, dass die Person aus beruflichen Gründen den Nebenwohnsitz in Greifswald hat und den Hauptwohnsitz melderechtlich nur deshalb nicht nehmen kann, weil die familiäre Gemeinschaft außerhalb von Greifswald gelebt wird)*
- 2. Die Straßenverkehrsbehörde gibt Ausnahmeerlaubnisse zum Parken in Bewohnerparkbereichen gem. § 46 Abs. 1 Nr. 11 StVO an pflegende Angehörige pflegebedürftiger Personen mit Hauptwohnsitz aus (sog. Pflegevignette, wenn der Antragsteller nachweist, dass er die regelmäßige Pflege von pflegebedürftigen Familienangehörigen mit anerkanntem Pflegegrad übernommen hat und dieses Familienmitglied die Voraussetzungen für die Erteilung eines Bewohnerparkausweises erfüllt). Auf die Voraussetzungen für den Erhalt einer Pflegevignette wird öffentlich hingewiesen.*
- 3. Die Umsetzung der Anpassung der Ausgabe von Bewohnerparkausweisen Ausnahmeerlaubnissen/Pflegevignetten nach den oben genannten Kriterien wird auf ein Jahr begrenzt und evaluiert.*

*Die Evaluation soll aufgrund folgender Kennzahlen erfolgen: Anzahl der ausgegebenen Bewohnerparkausweise/Ausnahmeerlaubnisse, Verteilung auf die Parkzonen. Weitere Kennzahlen zur Ausgabe der Bewohnerparkausweise/Ausnahmeerlaubnisse sind, sofern sinnvoll, für die Evaluation zu ermitteln und zu berücksichtigen.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	7	2

*Herr Prof. Dr. Treig verlässt die Sitzung der Bürgerschaft.*

**Herr Dr. Meyer**

. stellt den Geschäftsordnungsantrag, dass aufgrund der vorangeschrittenen Zeit (22:00 Uhr) die Sitzung der Bürgerschaft abgebrochen werde.

**Herr Dr. Kasbohm**

. hält eine Gegenrede.

Herr Mundt lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
15	22	

**TOP 7.16. Konstruktiver und verantwortungsvoller Dialog für die Namensdebatte**

06/984 zurückgezogen (siehe TOP 2, Seite 4)

**TOP 7.17. Stellungnahme der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald an den Senat der Ernst-Moritz-Arndt-Universität zur beabsichtigten Änderung des Namens der Universität (Konstruktiver und verantwortungsvoller Dialog in der Namensdebatte)**

06/979.4  
B539-19/17

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

**Herr Dr. Meyer**

. bringt die Beschlussvorlage ein.

**Frau Berger**

. sagt, dass der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 wichtig sei, ein starkes aber beschwichtigendes Signal zu setzen.

. erklärt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 nicht mit der Formulierung des Punktes 2 im Beschlussvorschlag einverstanden sei.

**Herr von Malottki**

. erklärt, dass der Universitätsausschuss am 08.03.2017 das Thema „Namensgebung der Universität“ auf seine Sitzung ausführlich behandelt habe. Alle Mitglieder seien sich einig gewesen, dass nach der Entscheidung des Ministeriums ein sachlicher Dialog begonnen werden müsse. Ziel sei es, ein Verfahren auf den Weg zu bringen, dass den Greifswalder Bürgern ermögliche, ihre Gedanken und Argumente in den Prozess einer neuerlichen Abstimmung einzubringen. Grundbedingung für diesen Prozess sei die Bereitschaft, anderen Meinungen zuzuhören und die gegenseitige Achtung des anderen als Menschen und als Bürger zu wahren. Stadt und Universität seien seit der Gründung durch Heinrich Rubenow auf das engste miteinander verbunden.

. würde sich freuen, wenn zusätzlich zur öffentlichen Diskussionsveranstaltung am 21.04.2017, ein runder Tisch und eine Ausstellung auf den Weg gebracht werde. Ziel des runden Tisches sollte es sein, die Beteiligung der Bürger zu organisieren und auch eine wissenschaftliche Begleitung zu gewährleisten. Einen Vorschlag dazu habe er dem Oberbürgermeister bereits unterbreitet.

. hält Punkt 2 für eine gute Einigung.

. wünscht sich, dass sich die Universität, der Senat und die studentischen Senatoren für einen sachlichen Dialog mit den Greifswalder Bürgern öffnen und keine übereilten Entscheidungen treffen.

**Herr Madjarov**

. geht auf die Beschlussvorlage ein.

. plädiert dafür, die Autonomie ernst zu nehmen.

. hält es für wichtig, dass die Bürgerschaft – bevor sie sich positioniert – den Vorlaufprozess mit der Universität gemeinsam gehe.

. greift Punkt 2 noch einmal auf.

. erklärt, dass der letzte gefasste Beschluss zum Thema „Ernst-Moritz-Arndt-Universität“ unterschiedlich ausgelegt worden sei. Er habe daher Bedenken, ob mit diesem Beschluss ein konstruktiver Dialog erreicht werden könne.

**Herr Kramer**

. geht auf die Unterschiede zwischen der Diskussion 2010 und der jetzigen Diskussion

über die Umbenennung der Ernst-Moritz-Arndt-Universität ein.  
 . erinnert an den geäußerten Unmut der Greifswalder Bürger.  
 . sagt, dass die derzeitige Universitätsleitung erkennen müsse, dass die Universität ein wesentlicher Bestandteil der Universitäts- und Hansestadt Greifswald sei. Die gegenseitige Pflege des Verhältnisses zwischen Universität und Greifswalder Bürgern besitze eine sehr hohe Priorität.

#### **Herr Hochschild**

. geht auf die bisherigen Redebeiträge ein.  
 . sagt, dass die CDU-Fraktion der Auffassung sei, dass der Senat für die Universität spreche und die Greifswalder Bürgerschaft spreche im Namen der Greifswalderinnen und Greifswalder.

#### **Frau Heinrich**

. erklärt, weshalb die Fraktion DIE LINKE sich nicht geschlossen der Beschlussvorlage anschließen werde.  
 . hält den Umgang miteinander für sehr wichtig.  
 Außerdem sollte die Person „Ernst Moritz Arndt“ näher beleuchtet werden.

#### **Herr Multhauf**

. geht auf die bisherigen Redebeiträge ein.  
 Der Dialog mache nur Sinn, wenn die Universitätsleitung sich auf eine Diskussion einlasse.  
 . kritisiert, dass das Pommersche Landesmuseum nicht einmal zu einer Ausstellung zu der Person „Ernst Moritz Arndt“ eingeladen habe.

#### **Frau Socher** weist darauf hin, dass

. sie, vor der Abstimmung über die Beschlussvorlage zu dieser Thematik in der Sitzung der Bürgerschaft am 30.01.2017 ausdrücklich gefragt habe, ob über den Namen „Ernst Moritz Arndt“ oder über die Beschlussvorlage abgestimmt werde. Da habe Herr Prof. Dr. Hardtke eindeutig gesagt, dass über die Beschlussvorlage abgestimmt werde.  
 . das Ministerium einen Verfahrensfehler festgestellt habe. Das bedeute, dass die Beschlussvorlage, über die im Senat abgestimmt worden sei, nicht aus der Welt sei. Der Verfahrensfehler müsse zunächst erst einmal geheilt werden. Das heiße, dass die Grundordnung entsprechend angepasst und neu über den Antrag abgestimmt werden müsse.

#### **Herr Krüger**

. beantragt, über jeden Punkt einzeln abzustimmen.

#### **Herr Prof. Dr. Hardtke**

. beantragt namentliche Abstimmung.

#### **Herr Hochschild**

. hält eine Gegenrede zum Antrag von Herrn Krüger, in der er erklärt, dass es sich hierbei bereits um eine Kompromissvorlage handele.

Frau Socher lässt über den Antrag auf Einzelabstimmung abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
15	25	3

#### **Herr Dr. Rose**

. hält eine Gegenrede zum Antrag von Herrn Prof. Dr. Hardtke, die sich aus einem sachlichen Grund und dem Grund des politischen Anstandes (bezogen auf den Umgang mit der letzten namentlichen Abstimmung) zusammensetzt.

**Pause**

20:08 Uhr – 20:18 Uhr

**Frau Socher** informiert darüber, dass

- . laut Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern auf Antrag eines Viertels aller Mitglieder der Gemeindevertretung oder einer Fraktion namentlich abgestimmt werde.
- . zwei Mitglieder der Bürgerschaft nach der Abstimmung eine persönliche Erklärung abgeben wollen.

**Herr Dr. Bittner**

- . beantragt, dass das Wort „der Großteil“ im Punkt 2 durch „viele“ ersetzt wird.

Frau Socher lässt über den Antrag von Herrn Dr. Bittner abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
11	22	einige

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage namentlich abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:*

1. *Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald erkennt das alleinige Recht der Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald an, aufgrund der Hochschulautonomie über den Namen der Universität zu entscheiden.*
2. *Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald erkennt an, dass der Großteil der Greifswalder Bürgerinnen und Bürger die Beibehaltung des Namens Ernst Moritz Arndt für die Universität befürwortet.*
3. *Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald würde es begrüßen, wenn die Mitglieder des Senats und des erweiterten Senats der Ernst-Moritz-Arndt Universität vor einer abschließenden Entscheidung über die Beibehaltung oder Ablegung des Namensbestandteils „Ernst-Moritz-Arndt“ mit den Mitgliedern der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald in einen Dialog eintreten würden. Dieser Dialog sollte unter anderem die Bedeutung des jetzigen Universitätsnamens für einen Großteil der Bürger Greifswalds, der Region und ganz Vorpommerns zum Inhalt haben. Das legt auch die Grundordnung der Ernst-Moritz-Arndt Universität im §1 (1) nahe, wo es heißt: „Sie fühlt sich der Geschichte und Kultur Vorpommerns verpflichtet“.*
4. *Die Bürgerschaft greift die Anregung des Senates auf und beauftragt das Präsidium der Bürgerschaft mit den Gremien der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald sowie in Abstimmung mit dem Oberbürgermeister die Etablierung eines ‚runden Tisches‘ zu veranlassen. Folgende Schwerpunkte und Vorschläge sollen im Rahmen des runden Tisches diskutiert werden:*
  - *Erarbeitung eines Vorschlags für ein öffentliches Forum*
  - *gemeinsame Ausrichtung einer Ausstellung zum Leben und Wirken von Ernst Moritz Arndt durch die Universität und die Stadt*
  - *Erarbeitung von Vorschlägen zur Gestaltung der weiteren Zusammenarbeit zwischen Universität und Stadt, die in eine Novelle der Kooperationsvereinbarung aus dem Jahre 2001 münden sollen.*
5. *Die Bürgerschaft spricht sich für die Fortsetzung der wissenschaftlichen Aufarbeitung des Wirkens Ernst Moritz Arndts und seiner Rezeption aus. Zu diesem Zwecke schlägt die Bürgerschaft vor, in Zusammenarbeit mit der Universität eine wissenschaftliche Tagung auszurichten.*
6. *Die Bürgerschaft fordert alle Beteiligten auf, in der aktuellen Debatte zur Namensgebung der Universität einen respektvollen und konstruktiven Umgang miteinander zu wahren. “*

Teilnehmer/in	JA	NEIN	ENTHALTUNG
Herr Ibrahim Al Najjar	X		
Frau Ulrike Berger			X
Herr Dr. Ullrich Bittner		X	
Herr André Bleckmann		X	
Herr Ulf Burmeister	X		
Frau Rita Duschek	X		
Herr Rudi Duschek		X	
Frau Yvonne Görs		X	
Herr Professor Dr. Frank Hardtke	X		
Frau Luisa Heide		X	
Frau Marion Heinrich			X
Herr Axel Hochschild	X		
Herr Torsten Hoebel	X		
Herr Heiko Jaap	X		
Herr Lutz Jesse	X		
Herr Wolfgang Jochens	X		
Herr Dr. Jörn Kasbohm	X		
Herr Dr. Andreas Kerath	X		
Herr Nikolaus Kramer	X		
Herr Alexander Krüger			X
Herr Christian Kruse	X		
Herr Thomas Lange	X		
Herr Jürgen Liedtke	X		
Herr Egbert Liskow	X		
Frau Karola Lüptow	X		
Herr Peter Madjarov			X
Herr Dr. Thomas Meyer	X		
Herr Peter Multhauf	X		
Herr Thomas Mundt	X		

Herr Jörg Neubert		X	
Herr Christoph Oberst		X	
Herr Dr. Sascha Ott	X		
Herr Milos Rodatos			X
Herr Dr. Ulrich Rose		X	
Frau Dr. Mignon Schwenke	X		
Frau Birgit Socher	X		
Herr Ludwig Spring	X		
Herr Dr. Rainer Steffens	X		
Frau Dr. Antje Steveling	X		
Herr Professor Dr. Thomas Treig	X		
Herr Erik von Malottki	X		
Frau Dr. Monique Wölk	X		
Herr Ingo Ziola	X		

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
30	8	5

**Herr Burmeister** gibt eine persönliche Erklärung ab:

- . möchte wissen, wann Herr Dr. Rose (wie in seiner Gegenrede zur namentlichen Abstimmung erwähnt) ihn gesehen habe, als er sich bei einer Veranstaltung öffentlich über irgendjemanden geäußert habe.
- . habe bisher bewusst öffentlich nichts zu dieser Thematik gesagt.

**Herr von Malottki** gibt eine persönliche Erklärung ab:

- . stellt klar, dass die Universitätsleitung keine Möglichkeit habe den Abstimmungsprozess über den Namen in irgendeiner Weise positiv oder negativ zu verändern. Wer sich für die Namenshaltung einsetzen wolle, könne lediglich die 36 Mitglieder des Senates mit einem sachlichen Dialog davon zu überzeugen, dass es richtig sei, auf die Namensablegung zu verzichten.
- . bittet, falls es zu einer Auspfeifaktion auf dem Markt kommen sollte, dass sein Name ebenfalls genannt werde, trotzdem er mit „Ja“ gestimmt habe.

**Herr Dr. Rose** antwortet auf die Nachfrage von Herrn Burmeister:

- . beziehe seine Aussage nicht auf alle Personen, sondern auf einen großen Teil.

## TOP 8.

**Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt**

Der 2. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

**Der Oberbürgermeister**

. informiert darüber, dass

- die Beschlusskontrollen bereits allen Mitgliedern der Bürgerschaft zugegangen seien. (Die Beschlusslisten des Hauptausschusses werden dem Protokoll als Anlage beigelegt.)
- am 08.04.2017 die Vertreter aus Gollnow in die Universitäts- und Hansestadt Greifswald kommen werden. Trotz einiger Anmeldungen wäre es gut, wenn noch ein paar Vertreter aus den stärkeren Fraktionen daran teilnehmen könnten.
- am 07.04.2017 der Stadtpräsident von Stettin in die Universitäts- und Hansestadt Greifswald kommen werde.
- anlässlich des Nordischen Klangs Delegationen aus Hamar eintreffen werden. Es sei das 20-jährige Jubiläum der Partnerschaft. Die entsprechende Einladung werde noch an die Mitglieder der Bürgerschaft versandt.
- vom 05.05.2017 bis 07.05.2017 die Maiwoche in Osnabrück stattfinden werde. Es wäre schön, wenn einige Mitglieder der Bürgerschaft anwesend sein könnten.
- der im Hauptausschuss vorgestellte Weg zum Fuhrparkmanagement in dieser Form nicht umgesetzt werden könne. Im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes werde die Stadt einen eigenen Weg gehen.
- der Vertragsentwurf Wackerow übersandt worden sei. Der Gemeinderat von Wackerow habe diesem Vertrag zugestimmt. Sobald diese Zustimmung schriftlich vorliege, werde die Anhörung im Amt, Kreis und Ministerium eingeleitet. Sobald dies erfolgt sei, werde der Vertragsentwurf in den bürgerschaftlichen Gremien vorgestellt.
- am 20.04.2017, um 19:00 Uhr, werde das Treffen mit den Gemeindevertretern und den Bürgermeistern des Amtes Landhagen stattfinden. Die Fraktionen hätten die Einladung bereits erhalten.
- er vom 02.05.2017 bis zum 04.05.2017 zusammen mit einem Vertreter des Lehrstuhls für Ukrainistik nach Drohobytch fahren werde.

**Frau Socher** übernimmt die Sitzungsleitung.

**TOP 9. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft**

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

**Herr Neubert** kritisiert, dass

- . bereits Teile des Fuhrparkmanagements in der Umsetzung seien ohne vorher ein Konzept zu erstellen, wie es eigentlich im Beschluss festgelegt worden sei.
- . in dieser Sitzung der Bürgerschaft die Auszählungen nicht ordnungsgemäß verlaufen seien und auch nicht jedes Mitglied der Bürgerschaft bei den Redezeiten gleich behandelt worden sei. Auch Bewertungen gegenüber unangemeldeten Rednern ständen dem Präsidium nicht zu.

*Herr Burmeister verlässt die Sitzung der Bürgerschaft.*

**Der Oberbürgermeister**

. sagt, dass ein Konzept zur geteilten Mobilität erarbeitet werden sollte. Dieses sei in Arbeit. Es habe jedoch nichts mit dem in Rede stehenden Fuhrparkmanagement zu tun. Bei der Beschlussfassung sei damals gesagt worden, dass die Verwaltung bereits dabei sei, es umzusetzen.

**Herr Lange**

- . fragt nach dem Stand der Ausbaggerung des Hafens Ladebow.
- . möchte wissen, ob es bezüglich der Demontierung der Düsen am Sperrwerk neue Erkenntnisse gebe.

**Herr Wixforth**

- . könne keine Aussage zum Sperrwerk treffen, da die Stadtverwaltung nicht Betreiber

sei.

. sagt zur Ausbaggerung des Hafens Ladebow, dass eine überplanmäßige Ausgabe geplant sei. Es habe sich herausgestellt, dass Teile der auszubaggernden Sedimente nach Drigge gebracht werden müssen. Das wiederum bedeute, dass sich die Kosten verändert hätten. Es handele sich dennoch weiterhin um eine volkswirtschaftlich tragfähige Maßnahme und es sei weiterhin geplant, diese Maßnahme in diesem Jahr durchzuführen.

#### **Herr Jochens**

. erklärt, dass die Pallhölzer und die Reibhölzer am Pier in einem dermaßen schlechten und verrottetem Zustand seien.

. fragt, ob geplant sei, dies zu erneuern.

#### **Herr Wixforth**

. erklärt, dass trotz der vorläufigen Haushaltsführung geplant sei, diese Hölzer zu erneuern.

#### **Herr Multhauf**

. fragt nach einer möglichen Bestätigung des Haushaltes.

. geht auf die Vermögensauseinandersetzung mit dem Kreis ein und möchte wissen, wann die Zahlung eingehen werde.

#### **Herr Maas**

. erklärt, dass Voraussetzung für das Wirksamwerden dieses Vertrages, dessen Veröffentlichung im Amtsblatt des Landes Mecklenburg-Vorpommern sei. Dies sei bisher noch nicht erfolgt.

. sagt, dass am 12.04.2017 ein entsprechendes Gespräch mit der Kommunalaufsicht stattfinden werde, bei welchem die entsprechenden Kriterien für eine Haushaltsgenehmigung erörtert werden. Es gebe einen entsprechenden Katalog, der zu erfüllen sei. Zu den zu erfüllenden Kriterien gehören die Jahresabschlüsse 2012/13, welche jedoch noch nicht vorlägen. Es gebe noch andere Kriterien, die eventuell als ausreichend erachtet werden, um einer Haushaltsgenehmigung zuzustimmen.

### **TOP 10.**

#### **Mitteilungen der Präsidentin**

##### **Die Präsidentin der Bürgerschaft**

. geht auf die Kritik von Herrn Neubert ein: Die unterschiedlichen Redezeiten würden oftmals ungerecht erscheinen, da meistens keine Redner angemeldet seien. So habe diese Fraktion für diesen TOP insgesamt nur 4 Minuten Redezeit. Bei anderen Fraktionen seien jedoch ein oder zwei Personen als Redner angemeldet worden, sodass sich dadurch die Redezeiten verlängern.

Bei den Abstimmungen sei es nicht leicht, die Stimmen zu zählen, da während der Abstimmungen auch manche Personen ihre Meinung geändert hätten.

. informiert, dass am 21.04.2017, um 14:00 Uhr, ein Treffen mit Vertretern der Universität im Hörsaal stattfinden werde. Diesbezüglich werde noch eingeladen. Die Senatsvorsitzende würde sich wünschen, dass ein Mitglied der Bürgerschaft im Namen der Bürgerschaft dort spreche. Hierbei sollte es sich möglichst nicht um einen Mitarbeiter der Universität handeln.

. bittet die Fraktionen darüber nachzudenken, wer als Sprecher der Bürgerschaft bei diesem Treffen auftreten könnte.

. sagt zum Besuch der Delegation aus Gollnow, dass sich die teilnehmenden Mitglieder der Bürgerschaft spätestens 11:00 Uhr im Bürgerschaftssaal eintreffen sollten. Nachdem jede Stadt präsentiert worden sei, sei ein gemeinsames Essen geplant.

. bittet die Fraktionen zu überdenken, ob nicht von jeder Fraktion ein Teilnehmer bei dieser Veranstaltung vertreten sein könne.

**TOP 11. Schluss der Sitzung**

Die Präsidentin der Bürgerschaft beendet den öffentlichen Teil der Sitzung der Bürgerschaft um 22:16 Uhr.

für das Protokoll

Birgit Socher  
Präsidentin der Bürgerschaft

Sarah Wiesenberg  
Sachbearbeiterin  
Sitzungsdienst  
Bürgerschaft

Thomas Mundt  
2. Vizepräsident der Bürgerschaft

**Anlagen:**

- geänderte Tagesordnung
- Beschlusslisten des Hauptausschusses